

## Auf ein Wort vorweg: Milieuschutz – wir haben es durchgeboxt!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn Mieten explodieren, reagieren viele Politiker mit Schulterzucken. Dabei gibt es durchaus ein Mittel dagegen. So erlaubt das Baugesetzbuch, dass Kommunen durch eine Satzung Gebiete ausweisen, sogenannte Milieuschutz-Zonen, in denen sie etwa die soziale Zusammensetzung der Anwohner erhalten oder die städtebauliche Eigenart bewahren wollen. Was heißt das konkret?

Für Eigentümer und Investoren hat das drei Konsequenzen: Erstens müssen sie große Modernisierungen von der Stadtverwaltung genehmigen lassen. An diesem Punkt können und müssen wir verhindern, dass Spekulanten mit Luxussanierungen die Mieten nach oben treiben. Die zweite Konsequenz: die Stadt kann verbieten, Miet- in Eigentumswohnungen oder Büroräume zu verwandeln. Drittens hat die Stadt in Milieuschutz-Gebieten ein Vorkaufsrecht: Stehen Gebäude zum Verkauf, kann die Stadt sie erwerben und einem städtischen Unternehmen übertragen, das dauerhaft bezahlbare Mieten anbietet. Wer das Gebäude kaufen möchte, kann den Kauf durch die Stadt nur verhindern, indem er eine sogenannte Abwendungserklärung unterschreibt. Mit dieser Erklärung verpflichtet sich der neue Eigentümer, die Wohnungen weiterhin zur Miete anzubieten und keine Luxussanierungen vorzunehmen.



Ein solcher Mieterschutz per Milieuschutzsatzung wird in Frankfurt bereits erfolgreich praktiziert, ebenso in Berlin, Hamburg und München – und bald auch in Darmstadt. Denn wir hatten genau das beantragt. Die Regierungskoalition zog diesmal mit. Allerdings nur unter der Bedingung, dass sie einige Änderungen an unserem Antrag anbringen können und wir einen gemeinsamen Antrag daraus machen. Wir haben uns darauf eingelassen, denn was wir beabsichtigten, konnten wir so erreichen: die Darmstädterinnen und Darmstädter vor Spekulanten und Mietpreisexplosionen zu schützen, damit sie auch morgen noch in ihren Quartieren leben können, denn das ist Heimat und Wohnen ist ein Menschenrecht für Alle, kein Luxus.

Was wir darüber hinaus in der Stadtverordnetenversammlung getan haben, erfahrt Ihr auf den folgenden Seiten.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Euch Euer

A handwritten signature in black ink, which reads "Michael Siebel". The signature is written in a cursive, slightly stylized font.

Michael Siebel  
Fraktionssprecher

## Volksfeste und größere Veranstaltungen werden nicht mehr stattfinden

Von Dagmar Metzger



Aufgrund der Erstellung eines Parkpflegewerks für die Mathildenhöhe, das im Zuge der Welterbe-Bewerbung in Auftrag gegeben wurde, war der Stadt bewusst, dass sich der Platanenhain in einem kritischen Zustand befindet. Nunmehr liegt das genaue baumfachliche und bodenkundliche Gutachten vor.

Hiernach bleibt uns die zunächst befürchtete Schreckensvision eines gerodeten Platanenhains auf der Mathildenhöhe erspart. 78 Bäume sind in einem guten bis sehr guten Zustand. Nach der heutigen Vorlage müssen rund 40 der 178 Bäume kurzfristig gefällt und ersetzt werden. Der Zustand für weitere rund 60 Bäume ist noch zufriedenstellend. Hier könnte es aber in den nächsten zehn Jahren zu einem Austausch von weiteren Bäumen kommen.

Obwohl es sich bei Platanen um sehr genügsame und robuste Bäume handelt, die extrem widerstandsfähig sind, ist der Platanenhain durch jahrzehntelange Fehl- und Übernutzung zum Teil schwer irreparabel geschädigt und muss saniert werden. Daran führt nichts vorbei. Wir begrüßen es daher, dass wir mit der heutigen Vorlage auch beschließen, dass es Volksfeste im großen Stil auch nach der Sanierung nicht mehr geben wird. Auch wenn dies aus dem heutigen Beschlussvorschlag nicht explizit hervorgeht. Was wir als einziges Manko dieser Vorlage empfinden. Aus der Begründung lässt sich dies zwar entnehmen (Seite 5), ist aber sehr schwach formuliert. Meine Fraktion stellt daher den Antrag, dass der Beschlussvorlage ein weiterer Punkt hinzugefügt wird: 5. Volksfeste und größere Veranstaltungen werden zum Schutz des

Platanenhains nicht mehr stattfinden und Autoverkehr nur zu gartenpflegerische Maßnahmen zugelassen.

Unsere Fraktion ist sich darüber einig, dass der kränkelnde Platanenhain zum Ensemble der Mathildenhöhe und Künstlerkolonie gehört und in seiner historischen Form erhalten bleiben muss. Wir stimmen der Vorlage daher zu.

### Mathildenhöhe, Bebauungsplan



### Vom Grundsatz her mehr als nur nachhaltig

Von Ursula Knechtel

Der Inhalt der Magistratsvorlage wurde von der SPD Fraktion intensiv und ausführlich beraten, insbesondere auch mit Blick auf die historische Bedeutung für Darmstadt, die Region und den Jugendstil im Allgemeinen. Dennoch muss auf die wiederholten, erheblichen

Kostensteigerungen, Planungs- und Bauverzögerungen sowie die allgemeine Bürgerkritik hingewiesen werden.

Es ist vom Grundsatz her mehr als nur nachhaltig, dass wir eine derart bedeutsame Restaurierung und Wiederherstellung der wichtigsten Kulturstätte Darmstadts vornehmen. Schließlich ist der weltumspannende kulturhistorische Jugendstil hier an dieser Stätte maßgeblich mit entwickelt worden. Folgerichtig wird daher auch die Anerkennung als Weltkulturerbe betrieben.

Da Darmstadt ohne die Mathildenhöhe gar nicht vorstellbar ist, gab es auch keinerlei Alternativen zu dieser umfassenden Sanierung und der Notwendigkeit der heute zur Abstimmung vorliegenden Magistratsvorlage mit dem Offenlagebeschluss zum Bebauungsplan O 32 – Mathildenhöhe Ost –.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine ganz kurze persönliche Anmerkung: ich habe als kleines Mädchen fast täglich in den Ruinen der Mathildenhöhe gespielt und nicht geglaubt, dass ich einmal die persönliche Ehre haben würde, für die Sanierung der Mathildenhöhe werben zu dürfen.

Dass die SPD Fraktion dieser positiven Gesamtentwicklung zustimmt, hat sie mit der kürzlichen Zustimmung zu den Mehrkosten in Höhe von 2,5 Millionen € bereits deutlich gemacht. Aus der Gesamtverantwortung für dieses Stadtjuwel stimmt die SPD Fraktion der Magistrats Vorlage gerne zu.“



## Sicherheit

### Es geht hier nicht um irgendetwas, sondern um einen Eingriff in die informelle Selbstbestimmung der BürgerInnen

Von Michael Siebel

Die Videoüberwachung ist umstritten - und das mit Recht! Selbst die Befürworter behaupten nicht, dass Videoüberwachung Straftaten verhindert, sondern lediglich Hinweise für die Strafverfolgung gibt. Beispiel dafür sind die Vorkommnisse in der Silvesternacht in Köln auf der Domplatte.

Wenn wir uns mit dem Anliegen des Magistrats einigermaßen fachlich auseinandersetzen wollen, dann hilft es wenig, auf ideologische Begründungen zu hören. Wie beispielsweise die des Hessischen Innenministers Beuth, der nicht müde wird, auf die Erfolge hinzuweisen. Aber es gilt anerkanntermaßen das, was ich eingangs gesagt habe. Videoüberwachung verhindert keine Straftaten, sondern gibt bestenfalls Hinweise zur Strafverfolgung.

Aber diese Vorlage versucht uns zu suggerieren, die 140 Straftaten auf dem Luisenplatz könnten verhindert werden. Das ist falsch und entspricht auch nicht dem Geiste des HSOG. Danach darf Videoüberwachung nur eingesetzt werden, wenn sie Straftaten verhindert. Wenn das nach einer Frist nicht nachweisbar ist, muss sie wieder eingestellt werden.

Ich habe mal den Blick auf Großbritannien gerichtet. Dort wurde Videoüberwachung mit Millionenbeträgen von den konservativen Regierungen finanziert. Das Ergebnis: 4-6 Millionen Kameras stehen dort, 20 Kameras pro Quadratkilometer, eine Kamera pro Einwohner. Es wurden Erfolge erzielt bei Sachbeschädigungen, insbesondere bei Graffitos, und Delikten rund ums Automobil. Keinen Einfluss hat Videoüberwachung auf die Verhinderung von Prügeleien, Raubüberfällen und Mord.

Und jetzt schauen sie sich mal an, welche Straftaten auf dem Luisenplatz registriert wurden. Sprühregen gibt es Wort nicht, Autos fahren dort nicht und parkende Autos gibt es dort nicht. Ich stelle mal die These auf, dass es am Ende vom Tag ein Ressourcenproblem ist. Darüber macht die Vorlage keine Aussage. Die Daten werden ans Polizeipräsidium überspielt und dann?

Die Vorlage hat aber noch mehr Schwächen. Ich beginne mal mit dem Verdrängungseffekt. Alle Straftaten nach dem Bundesbetäubungsmittelgesetz - das wissen wir - werden zu Verdrängungseffekten führen. Das räumt die Vorlage auch ein.

Es ist nicht mit berücksichtigt, welche Effekte die Einrichtung der Stadtwache hat. Die Daten von 2018 sind nicht berücksichtigt. Da wurde die Stadtwache eingerichtet.



Ich habe mich mal mit einer alten Frau unterhalten, die sich um ihre Sicherheit auf dem Luisenplatz sorgt. Die sagte mir: „Mit dem Schutzmann an der Ecke, würde ich mich sicherer fühlen, als mit mehr Videoüberwachung.“

Warum sollen wir also heute diesen Irrweg gehen, wenn es die Menschen nicht ein Mehr an objektiver Sicherheit gibt, wenn der Erfolg zweifelhaft ist?

Wenn das Darmstädter Echo, das ich nicht nur liebe, ein Spiegel der öffentlichen Meinung und dessen ist, was Menschen bewegt, sollte der Bericht vom 15. Juni auch nicht spurlos an uns vorübergehen. Da steht in der Zwischenüberschrift: „Darmstadt ist die sicherste kreisfreie Stadt (vor Offenbach). Das belegen Zahlen. Dennoch soll der Luisenplatz videoüberwacht werden.“ In dem Kommentar weist der Autor darauf hin, dass es Darmstadt gut anstehen würde, sich am Landesprogramm Kompass zu beteiligen. Das kann ich nur nachhaltig unterstützen.



Ich fasse zusammen: die Vorlage ist rechtlich nachvollziehbar, aber sie hat Schwächen. Der Magistrat berücksichtigt nicht die Erfahrungen mit der Videoüberwachung in anderen Ländern. Sie berücksichtigt nicht, was die Menschen eigentlich wollen: mehr Polizei auf der Straße.

Deshalb wende ich mich jetzt direkt an unseren Oberbürgermeister. Wir kennen uns lange genug, als dass ich seine Grundüberzeugungen kennen würde. Und dazu gehört die klare Ablehnung der Videoüberwachung. Ich habe Verständnis dafür, dass auch sein Koalitionspartner mal einen Punkt machen soll. Aber ob das der richtige ist, bitte ich nochmal zu reflektieren, insbesondere vor dem Hintergrund der objektiven Erkenntnisse und der Grundüberzeugung, dass es hier nicht um irgendetwas geht, sondern um einen Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

## Wohnen



## Da kommt Olis Text

Von Oliver Lott

Schaut man sich dieser Tage im Herrngarten um, fällt neben den Nilgänsen eine Sache besonders auf: in Darmstadt gibt es viele Familien. Familien mit Kindern, die es jetzt bei gutem Wetter wieder auf die Spielplätze zieht. Darmstadt ist eine kinderreiche Stadt. Diesen Eindruck bestätigt

auch der vorliegende Bericht zur Versorgungssituation in der Kinderbetreuung.

Am 31.12.2018 lebten in Darmstadt 4.899 Kinder in der Altersgruppe unter 3 Jahren und 5.089 Kinder in der Altersgruppe zwischen 3 und 6. Die Kinderzahl in unserer Stadt ist damit in den letzten Jahren weiter gestiegen. Der Bedarf an Plätzen in der Kinderbetreuung ist damit weiter hoch. Allein im U3-Bereich sind 17 zusätzliche Krippen-Gruppen notwendig. Da die geburtenstarken Jahrgänge der letzten drei Jahre jetzt alle in die Krippe und den Kindergarten kommen, muss der weitere Ausbau dringend voran schreiten.

Neue Plätze sollen laut der Vorlage in den nächsten Jahren entstehen – vorausgesetzt, dass es zu keinen Verzögerungen bei den Planungen und Baumaßnahmen kommt. Denn welche Konsequenzen das hat, haben wir beim Neubau des Kinder- und Jugendhauses in der Pankratiusstraße gesehen. Vor etwa einem Jahr haben wir hier über Kostensteigerungen und Verzögerungen bei diesem Projekt gesprochen. Damals wurde uns zugesichert, das Haus und die Betreuungsplätze würden im November zur Verfügung stehen. Besonders die Kinder und Eltern aus der nahegelegenen Schillerschule warten sehnsüchtig auf die Betreuungsplätze. Denn übergangsweise musste die Nachmittagsbetreuung in Klassenräume ausgelagert werden. Die KiTa-Plätze stehen aber erst im Laufe diesn Jahres zur Verfügung. Für Eltern bedeutet das, dass sie entweder warten müssen oder in einer anderen Einrichtung auf einen Platz hoffen müssen.

Das ist eine der Fragen die ich an diesen Bericht, bzw. den Magistrat habe. Wie viele Eltern, die einen Betreuungsplatz gesucht haben, haben keinen gefunden? Und was wurde von Seiten der Stadt getan, um diese Familien zu unterstützen?

In der U3-Betreuung gibt es eine Versorgung von 42 Prozent, im Kindergartenbereich von 102 Prozent. Wobei die Versorgungsquoten im Stadtgebiet schwanken. Eine deutlich unterdurchschnittliche Versorgung gibt es in der Stadtmitte, in Eberstadt und in Kranichstein. Gerade in diesen Stadtgebieten gilt es in den nächsten Jahren dringend aufzuholen. Warum? Weil wir Kindern damit die Chance geben, sich zu integrieren und an unserer Gesellschaft teilzuhaben. Die Schuleingangsuntersuchung prüft die Deutsch-, bzw. die Sprachkenntnisse eines Kindes. Der Bildungsbericht zeigt, dass mehr als 80 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund, die länger als 3 Jahre eine Betreuungseinrichtung besuchten, fehlerfrei, bzw. mit nur leichten Fehlern Deutsch sprachen. Bei den Kindern, die keine Betreuungseinrichtung besuchten, liegt dieser Anteil gerade einmal bei 5 Prozent. Das heißt für uns als Politik: Je länger Kinder mit Migrationshintergrund eine Betreuungseinrichtung besuchen, desto höher ist der Anteil derer, die flüssiges oder fehlerfreies Deutsch sprechen. Deshalb müssen wir gerade dort, wo ein hoher Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund lebt, die Kinderbetreuung ausbauen. Das sind dann nämlich genau die Stadtteile Kranichstein und Eberstadt. Schaut man sich die Planungen für die kommenden Jahre an, taucht genau ein Mal der Stadtteil Eberstadt auf. Mit 20 Plätzen im Ü3-Bereich. Die Anstrengungen im Ausbau der Betreuung in allen Ehren, aber hier muss nachgesteuert werden.

Und das Argument, dass andere Stadtteile die unterversorgten Stadtteile mitversorgen, kann ich leider nicht nachvollziehen. Auch in diesen Stadtteilen suchen Eltern einen Betreuungsplatz. Und zumindest den Eltern, mit denen ich gesprochen habe, ist es wichtig, dass der Platz wohnortnah ist. Natürlich nehmen sie auch einen der ungünstig liegt, das liegt aber daran, dass sie sonst wahrscheinlich gar keinen Betreuungsplatz für ihr Kind hätten.

## Kostensteigerungen: Friedensplatz und Frankfurter Landstraße

### Es muss unser gemeinsames Bemühen sein, diesen Zustand zu beenden

Von Michael Siebel



Der grün-schwarze Magistrat legt uns im Stadtparlament ein Überraschungsei nach dem anderen vor. Wortreich verpackt sind stets böse Überraschungen: Kostensteigerungen nämlich. Hintergrund: Wir sollten nun 3,8 Millionen an Mehrkosten für den Friedensplatz sowie eine zusätzliche halbe Million für die Fahrbahn der Frankfurter Landstraße absegnen. Die SPD-Fraktion jedoch versagte ihre Zustimmung.

Diese Kostensteigerungen, insbesondere in einer solchen Höhe wie beim Friedensplatz, müssen uns – und auch dem Magistrat – ein Dorn im Auge sein. Diese Mehrkosten sind Ausdruck von Planungs- und Kontrollfehlern. Hier muss zukünftig sauberer gearbeitet werden. So hatte die Stadt die Kostensteigerung von 3,8 Millionen Euro für die Umgestaltung des Friedensplatzes mit unerwarteten Komplikationen erklärt. Während der Bauarbeiten seien Mängel aus früheren Zeiten zu Tage getreten, die nun beseitigt werden müssten. Diese vorgefundenen Baumängel aus der Vergangenheit hätten bei aufmerksamer Vorplanung identifiziert werden können und müssen.

Zudem ist dieses Argument der Stadtregierung nicht neu. Bei vielen Bauprojekten wird dies wiederholt, um im Vorfeld nicht kalkulierte Kosten – für übersehene Notwendigkeiten – nachträglich zu rechtfertigen. Aber der Magistrat kann sich nicht bei jeder Vorlage damit rausreden, dass die Arbeiten so komplex sind und man deshalb erst im Vollzug merken kann, was alles gemacht werden muss. Es muss unser gemeinsames Bemühen sein, diesen Zustand zu beenden.



Foto: Tina Fischer

Bei den Mehrkosten für die Asphaltierung der Frankfurter Landstraße argumentierte der Magistrat jedoch anders. „Die höheren Kosten entstanden zur Hälfte aus Mengen- und Massenerhöhungen im Hauptauftrag der ARGE Strabag/AGT“, so die Begründung in der Vorlage. Es handelt sich also um einen Planungs- und Ausführungsfehler der beauftragten Firma – und damit offensichtlich um einen Kontrollfehler der Stadt. Die SPD-Fraktion hat bei Großprojekten wie dem Nordbad und dem Berufsschulzentrum immer wieder darauf hingewiesen, dass Projektmanagement und



Kostencontrolling eingeführt werden müssen. Mit der DSE haben wir eine Struktur geschaffen, die dieser Professionalisierung entsprechen sollte.

Auch möchte ich darauf hinweisen, dass wir Kostensteigerungen nicht per se ablehnen. Stattdessen betrachten wir jeden einzelnen Fall differenziert. So haben wir die Mehrkosten für das Nordbad, für das Berufsschulzentrum Nord und für die Ausstellungshallen auf der Mathildenhöhe mitgetragen. In anderen Fällen jedoch, wie jetzt beim Friedensplatz und der Frankfurter Landstraße – versagten wir unsere Zustimmung. Bei solch schwerwiegenden Mängeln, wie sie uns bei diesen beiden Projekten präsentiert wurden, ist es unsere Aufgabe, nicht nur darauf aufmerksam zu machen, sondern dies auch im Abstimmungsverhalten zu zeigen.

Es ist das Recht und vor allem die Pflicht der Stadtverordneten, auf das Kostenmanagement bei öffentlichen Bauvorhaben zu achten. Und deshalb kann ich uns nur gemeinsam auffordern, daran weiter zu arbeiten. Wir dürfen in der Öffentlichkeit nicht das Bild vermitteln, enorme Kostensteigerungen seien uns egal und wären quasi unausweichlich. Das Geld, das wir in Abweichung vom Haushalt für Mehrkosten aufwenden, geht uns an anderer Stelle für notwendige Infrastrukturinvestitionen verloren. Wir wollen den Auftrag der Daseinsvorsorge verantwortlich managen.

### Kurz gefragt & schnell beantwortet



**Tim Huß:** „Wann wird dem Adventkindergarten die Betriebsgenehmigung für die Räumlichkeiten bei der SG Eiche erteilt?“

**Sozialdezernentin Barbara Akdeniz:** „Eine Ortsbegehung der Räumlichkeiten der Gaststätte im Gebäude der Sportgemeinschaft Eiche, Kronstädter Weg 12, fand im April statt. Deutlich wurde, dass die Räumlichkeiten für eine Kinderbetreuungseinrichtung nicht geeignet sind. Unter anderem fehlt ein barrierefreier Zugang. Die Situation der Flucht- und Rettungswege ist ungenügend. Eine funktionsfähige Heizung fehlt. Der Keller (unter anderem vorgesehen für Personalräume, Garderoben der Kinder) ist baulich ungeeignet (kaum Tageslicht möglich, keine natürliche Belüftung, zu enge Treppenabgänge, usw.). Insgesamt müsste das Gebäude völlig entkernt, neu konzipiert und von Grund auf saniert werden.“

Eine Erteilung einer Betriebserlaubnis nach heutigem Sachstand ist nicht möglich. Weiterhin sieht die aktuelle Ausbauplanung West bereits projektierte Standorte vor (z. B. städtisches Regenbogenland sowie KiTa Postsiedlung), sodass sich die aktuell gute Versorgungslage im Ü3-Bereich (107,5%) trotz des Wegfalls des Adventkindergartens noch weiter verbessern wird.“

**Huß:** „Gibt es für die Heimstättensiedlung bereits bestimmte Liegenschaften für den Adventkindergarten?“

**Akdeniz:** „Nein, das muss die Adventgemeinde selbst tun. Es ist ja auch nicht zwingend, dass die Advent-Gemeinde mit ihrer Einrichtung in der Heimstättensiedlung bleibt.“



